

Nr. 356 | 02.12.2025

Polen-Analysen

Die Konföderation – Herkunft, Kontext, politisches Profil

■ ANALYSE

- Die Konföderation – Sammelbecken rechter Nationalisten oder demokratische Alternative? 2
Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

■ DOKUMENTATION

- Konföderation: »Die Verfassung der Freiheit«. Wahlprogramm 2023 8
Bekenntnis der Konföderation von Gietrzwałd A.D. 2018 11

■ UMFRAGEN

- Parteipräferenzen der polnischen Bevölkerung 13

■ CHRONIK

25. November – 1. Dezember 2025 15

Die Konföderation – Sammelbecken rechter Nationalisten oder demokratische Alternative?

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.356.01

Zusammenfassung

Die Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) ist seit 2019 im polnischen Parlament vertreten und verzeichnet in den letzten Jahren wachsenden Zuspruch sowohl an der Wahlurne als auch in Umfragen. Dabei kann sie sich auf Vorfeldorganisationen stützen, die sehr viel radikaler auftreten als die mittlerweile um ein gemäßigtes Image bemühte Konföderation. Gleichwohl ist ihr Programm in seinen innen- wie außenpolitischen Positionen zwar nicht per se undemokatisch, würde aber bei einer Umsetzung einen fast schon revolutionären Wandel für Polen bedeuten und die Gefahr von rechts für die polnische Demokratie deutlich vergrößern. Die Konföderation stellt auf der rechten Seite der politischen Landschaft vor allem eine Konkurrenz für die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) dar, die es allerdings versäumt, sich klar von ihr abzugrenzen. Stattdessen werden, trotz deutlicher programmatischer Unterschiede, ähnliche Themen wie zum Beispiel Patriotismus oder die Sicherung der Grenzen herausgestellt, was die Unterschiede eher verwischt. So bleibt die Konföderation aktuell eine Herausforderung für die polnische Demokratie, da sie die Polarisierung der Gesellschaft vorantreibt, aber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Konföderation kaum stattfindet.

Bedrohung von rechts

Seit 15 Jahren demonstriert die polnische Nationalbewegung (Ruch Narodowy – RN) am 11. November, dem Nationalfeiertag zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Kraft. Zehntausende Anhänger der Nationalbewegung, aber auch ganz gewöhnliche patriotisch gesinnte Polen marschieren dann durch die Straßen Warschaus, wobei der Aufmarsch regelmäßig am Dmowski-Rondo im Zentrum der Hauptstadt startet. Roman Dmowski, der Leiter der polnischen Delegation in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg und einer der Väter der polnischen Unabhängigkeit ist aber nicht nur eine positiv besetzte historische Person. Präsident Andrzej Duda, der im August 2025 von Karol Nawrocki als polnischer Präsident abgelöst worden ist, – beide übrigens von der Partei Recht und Gerechtigkeit für dieses Amt nominiert – hatte im Jahr 2018, als die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens ein Jahr lang feierlich begangen wurde, Dmowski als einen der Väter der Nation bezeichnet, neben dem Staatsgründer Józef Piłsudski, dem Bauernführer Wincenty Witos, dem schlesischen Politiker Wojciech Korfanty, dem kurzzeitigen ersten polnischen Ministerpräsidenten Polens im Jahr 1918 Ignacy Daszyński und dem Ko-Leiter der polnischen Delegation in Versailles, dem Pianisten und Komponisten Ignacy Jan Paderewski, gleichfalls für fast ein Jahr 1919 Ministerpräsident Polens. Aber Dmowski ist eben auch eine umstrittene Figur, da er im Jahr 1897 einer der Mitbegründer der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja – auch Endecja genannt nach den

Anfangsbuchstaben) war und auch antisemitische und nationalistische Ansichten vertrat.

Nach 1945 waren nationale und erst recht nationalistische Parteien und Gruppierungen in der Volksrepublik Polen offiziell verboten, aber nach 1989 kam es, wie in anderen postsozialistischen Staaten auch, zur Gründung von nationalen und nationalistischen Parteien und Bewegungen, wobei oft an Traditionen der Zwischenkriegszeit angeknüpft wurde. Am 2. Dezember 1989 wurde die Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska) wieder begründet, eine Jugendorganisation, die sich in der Tradition der Nationaldemokratie sieht, an Roman Dmowski anknüpft und den Unabhängigkeitsmarsch am 11. November mit organisiert. Der Name verbindet sich mit einer Vorläuferorganisation, die im Jahr 1922 als Studentenverband unter diesem Namen gegründet wurde. Die Wiederbelebung im Jahr 1989 geht auf Roman Giertych zurück, der im Jahr 2001 auch die nationalistische und katholische Partei Liga polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) gründete, mit ihr von 2001 bis 2007 im polnischen Sejm vertreten war und von Mai 2006 bis August 2007 Teil einer von der PiS angeführten Regierung gemeinsam mit der linkspopulistischen Bauernpartei Selbstverteidigung (Samoobrona) war. Inzwischen ist Giertych zur derzeit regierenden konservativ-liberalen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) abgewandert, für die er 2023 ein Listenmandat im Sejm gewinnen konnte. Seit Mitte 2025 gehört er der Partei auch an.

Im Jahr 1993 erfolgte die Neugründung des Nationalradikalen Lager (Obóz Narodowo-Radykalny –

ONR), das unter dem gleichen Namen im Jahr 1934 als faschistische Organisation für einige Monate existierte, bevor sie von der Regierung verboten wurde. Auch die heutige Organisation ONR ist nationalistisch und in Teilen antisemitisch. Sie ist als Verein und nicht als Partei organisiert und unterhält in ganz Polen Ableger, sogenannte Brigaden. Langjähriger Vorsitzender war Robert Bąkiewicz, der von 2017 bis 2023 auch dem Verein Unabhängigkeitsmarsch (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) vorstand und der im März 2025 die Bewegung zur Verteidigung der Grenzen (Ruch Obrony Granic) gründete und mit privaten Grenzpatrouillen die Abschiebung von Ausländern aus Deutschland nach Polen verhindern wollte. Wegen Beleidigung von Personen des Grenzschutzes wurde ihm auferlegt, sich der Grenze nicht mehr als einen Kilometer zu nähern. Für einen Angriff auf eine weibliche Aktivistin im Jahr 2020 während einer Demonstration gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts wurde er zu Sozialstunden verurteilt, aber der damalige Präsident Andrzej Duda begnadigte ihn im Jahr 2023. Ebenfalls im Jahr 2023 bemühte sich Bąkiewicz über einen Platz auf der PiS-Liste in Radom erfolglos um ein Sejm-Mandat. Im März 2024 rief er eine neue Partei mit dem Namen Unabhängigkeit (Niepodległość) ins Leben, von der bis heute aber nichts zu vernehmen ist. Die ONR war ursprünglich einer der Mitinitiatoren des Unabhängigkeitsmarsches und ihre Mitglieder sind bis heute beim Marsch präsent, wenn dieser auch seit 2011 vom Verein Unabhängigkeitsmarsch organisiert wird. Sie treten dabei in jüngster Zeit als sogenannte nationalistische Kolonne auf.

Schließlich muss auch die eingangs genannte Nationalbewegung selbst als Milieu und Vorfeld nationalistischer Parteien angeführt werden. Hinter der Bezeichnung Nationalbewegung verbirgt sich ein breites Spektrum nationalistischer Gruppierungen, das sich oft verändert und umgruppiert hat. Gemeinsamer Nenner ist die Berufung auf Roman Dmowski und ein nationalistisches, anti-europäisches bzw. anti-EU Programm, das häufig mit einer sehr konservativen Spielart des Katholizismus einhergeht. Nach dem Unabhängigkeitsmarsch im Jahr 2012 gründeten einige Dutzend nationalistischer Organisationen die Nationalbewegung als engeren Zusammenschluss, aus dem im Jahr 2014 eine gleichnamige Partei hervorging. Die größten Organisationen, welche die Nationalbewegung trugen, waren die Allpolnische Jugend, die ONR und der Verband der ehemaligen Soldaten der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne), die 1942 im polnischen Untergrund als militärischer Arm der Nationaldemokratie entstanden waren. Der Verband wurde 1990 ins Leben gerufen und soll die Erinnerung an diese Untergrundformation wachhalten. Die ONR verließ allerdings bereits im Jahr 2015 die Nationalbewegung. Da ein selbständiger Start

in Parlamentswahlen für die Nationalbewegung zu diesem Zeitpunkt noch wenig erfolgversprechend erschien, schloss sie sich für die Parlamentswahlen 2015 mit der Bewegung Kukiz'15 zusammen, die von dem Rockmusiker Paweł Kukiz ins Leben gerufen wurde. Dieser wollte ein klares Mehrheitswahlrecht in Polen einführen und verstand sich als ideologisch nicht gebunden. Gleichwohl kam es zu einer Verständigung von Kukiz'15 mit der Nationalbewegung und von den insgesamt 42 Mandat, die Kukiz'15 erzielen konnte, entfielen fünf Mandate auf diese. Die Partei Kukiz'15 hat mittlerweile kaum noch Bedeutung und Kukiz selber gelangte bei den Parlamentswahlen 2023 über die Liste der PiS gemeinsam mit zwei Parteimitgliedern in den Sejm.

Im Dezember 2018 beschloss die Nationalbewegung dann eine gemeinsame Liste mit KORWiN für die Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019, die aber kein Mandat erringen konnte. Hinter KORWiN verbargen sich die 2015 entstandene Partei Neue Hoffnung (Nowa Nadzieja – NN) um den Vorsitzenden Sławomir Mentzen und Vertreter der Partei Kongress der Neuen Rechten (Kongres Nowej Prawicy), die ihrerseits im Jahr 2010 aus Vorgängerparteien hervorging und deren Entstehung maßgeblich von Janusz Korwin-Mikke betrieben wurde. Korwin-Mikke ist seit Anfang der 1990er Jahre in der polnischen Politik mit zahlreichen kleineren Parteien vertreten, er war viermal Kandidat bei Präsidentschaftswahlen und wurde zweimal in den Sejm und einmal ins Europäische Parlament gewählt. Er lehnt die Demokratie ebenso ab wie den Feminismus oder die Europäische Union und fällt oft mit bizarren politischen und libertären Positionen auf, aber seine politische Karriere dürfte sich mit 83 Jahren allmählich dem Ende zuneigen. Seit Herbst 2019 gehörte auch die im Sommer 2019 gegründete Partei Konföderation der Polnischen Krone (Konfederacja Korony Polskiej – KKP) um den Monarchisten, Rechtsextremisten und Antisemiten Grzegorz Braun dem Wahlbündnis an. Allerdings wurde Braun, der seit 2024 für die Konföderation im Europäischen Parlament sitzt, im Januar 2025 von der Konföderation ausgeschlossen, so dass die Partei mit Krzysztof Bosak und Sławomir Mentzen jetzt nur noch zwei Vorsitzende hat. Der Zusammenschluss von KORWiN und Nationalbewegung wurde im Juli 2019 dann als Partei unter dem Namen Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konföderation Wolność i Niepodległość, im Weiteren kurz Konföderation) registriert, deren beide Vorsitzende gegenwärtig Sławomir Mentzen von der Partei Neue Hoffnung und Krzysztof Bosak von der Nationalbewegung sind. Die Ausgangsparteien bleiben trotz des Zusammenschlusses damit bestehen.

Aus dieser knappen Skizze wird deutlich, dass sich das rechtsextreme und rechtpopulistische Lager in Polen erstens auf Vorgängerorganisationen aus der Zwischenkriegs-

zeit zurückführen lässt, dass es zweitens eine Vielzahl von Vorfeldorganisationen und Zusammenschlüsse gibt, dass drittens das Erbe von Roman Dmowski ein verbindendes Element ist und dass viertens über das Stichwort Patriotismus die Grenzen zu anderen konservativen Parteien wie zum Beispiel der PiS fließend sind. Damit geht ein nationalistisches, bisweilen antisemitisches, Anti-EU-Programm einher, das strikt gegen die liberale Demokratie und ihr zugeschriebene Entwicklungen wie Werteverfall, Feminismus oder Abtreibung gerichtet ist. Der Zusammenschluss zur Konföderation und Versuche, sich gemäßiger zu präsentieren, haben in den letzten Jahren zu einem beträchtlichen Wahlerfolg geführt, wobei noch zu diskutieren ist, ob die Mäßigung im Auftreten auch mit einer programmatischen Mäßigung einhergeht und wie das Verhältnis zu noch deutlich radikaleren Vorfeldorganisationen ist.

Die Konföderation in Wahlen

Nachdem die gerade neu entstandene Konföderation bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 mit 4,55 Prozent der Stimmen noch unter der 5-Prozent-Hürde geblieben war, gelang ihr bei den polnischen Parlamentswahlen im Herbst 2019 mit 6,8 Prozent der Durchbruch. Ungeachtet partiointerner Querelen gingen die Erfolge an der Wahlurne und in Umfragen weiter. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2023 konnte sich die Konföderation leicht auf 7,2 Prozent der Stimmen verbessern, was für sie sicherlich eine Enttäuschung war, erzielte sie doch in Umfragen vor den Wahlen zeitweilig zweistellige Ergebnisse. Allerdings verzeichnete sie ähnlich wie die Linke (8,6 Prozent) und das konservativ-liberale Parteienbündnis Dritter Weg (Trzecia Droga; 14,4 Prozent) bei jungen Wählern zwischen 18 und 29 Jahren mit 16,9 Prozent einen überdurchschnittlichen Erfolg. Linke und Dritter Weg lagen bei dieser Altersgruppe mit 17,5 Prozent ebenfalls über ihrem Gesamtergebnis. Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), ein Zusammenschluss der PO mit kleineren Parteien, lag im Vergleich bei den jungen Wählern mit 28,9 Prozent nur knapp unter dem Gesamtergebnis von 30,2 Prozent. Der eigentliche Verlierer in dieser Altersgruppe war die PiS mit einem Ergebnis von 14,7 Prozent, weniger als die Hälfte ihres Gesamtergebnisses von 35,4 Prozent. Die Konföderation gewinnt bei den jungen Wählern deutlich auf Kosten der PiS.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 konnte die Konföderation erneut ihren Stimmenanteil steigern und kam auf 12,1 Prozent. Sie war damit drittstärkste Partei. Bei den jungen Wählern zwischen 18 und 29 Jahren gewann sie sogar die Wahl in Polen und erzielte nach den Exitpolls gar 30,1 Prozent der Stimmen.

Schließlich ist die Konföderation auch bei den Präsidentschaftswahlen gerade bei jungen Wählern zu einer Alternative geworden. Im Jahr 2020 landete der Kandi-

dat der Konföderation, Krzysztof Bosak, mit 6,8 Prozent der Stimmen noch auf dem vierten Platz, aber im Jahr 2025 konnte Sławomir Mentzen als Kandidat der Konföderation mit 14,8 Prozent bereits ein deutlich besseres Ergebnis erzielen und besetzte den dritten Platz, was allerdings nicht für die Stichwahl reichte. Bei den Wählern zwischen 18 und 29 Jahren gewann Mentzen jedoch deutlich mit 34,8 Prozent vor dem Kandidaten der Partei Die Linke Gemeinsam (Lewica Razem) Adrian Zandberg mit 18,7 Prozent, der bezogen auf alle Wähler nur 4,9 Prozent der Stimmen erhielt. Die Jugend wählt also deutlich die politischen Ränder.

Auch die jüngsten Umfragen vom Herbst 2025 bestätigen diesen Trend. Danach hält sich die Konföderation bei unterschiedlichen Umfrageinstituten bei etwa plus/minus 15 Prozent und wäre drittstärkste Partei mit einem etwa doppelt so guten Ergebnis wie bei den Parlamentswahlen im Herbst 2023. Auch wenn die KO in Umfragen bei ca. 30 Prozent liegt, in etwa ihr Ergebnis der letzten Wahlen, würde es für sie dennoch nicht für eine neue Regierung reichen, da ihr jetziger Koalitionspartner Dritter Weg bzw. die darin zusammengeschlossenen Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheitern würden. Gegenwärtig wäre damit ein Bündnis von PiS und Konföderation möglich. Die Frage ist allerdings, ob sich die beiden Parteien auch programatisch finden würden.

Programm und Ausrichtung der Konföderation

Bei der Analyse des Programms der Konföderation muss erstens zwischen ihren Vorfeldorganisationen wie dem Verein Unabhängigmarsch, der Allpolnischen Jugend oder dem National-Radikalen Lager und der Partei selbst unterschieden werden. In deren programmatischen Erklärungen lassen sich viele Anknüpfungspunkte für extremistische, nationalistische, homophobe oder Anti-EU-Aussagen finden. Ein integraler Nationalismus und ein fast schon fundamentalistischer Katholizismus sind hier weit verbreitet. Zweitens sind programmatische Aussagen über die Jahre etwas milder und damit für viele Polen wählbarer geworden. Beispielsweise wirbt die Nationalbewegung als Teil der Konföderation im Jahr 2019 noch offen für den Polexit, den Austritt aus der EU, während im Programm der Konföderation aus dem Jahr 2023 davon nicht mehr die Rede ist.

Bei einer kurzen Analyse programmatischer Aussagen der Partei Konföderation muss zudem unterstrichen werden, dass es sich lediglich um einen Parteienzusammenschluss handelt. Es gibt zwar gemeinsame Dokumente, aber die Parteien bestehen weiter fort und mit der Konföderation der Polnischen Krone hat nach dem Ausschluss von deren Vorsitzendem Grzegorz Braun eine Partei im Januar das Parteienbündnis gar wieder verlassen. Die Konföderation ist also ein fragiles Gebilde. Wei-

terhin ist offensichtlich, dass die Partei Neue Hoffnung von Sławomir Mentzen programmatisch schwach aufgestellt ist und fast nur von den Aussagen der prominenten Parteimitglieder, hier vor allem Mentzen, lebt, während ein eigentliches Programm nicht existiert. Die Nationalbewegung bietet hingegen auf ihren Internetseiten umfangreiche Programme und Texte und auch das Wahlprogramm der Konföderation ist hier verlinkt. Die Vorfeldorganisationen sind enger mit der Nationalbewegung als mit der Konföderation verbunden und hier gibt es viele, zum Teil extreme Aktionen und Aussagen.

Der Ko-Vorsitzende der Konföderation Sławomir Mentzen ist als Ökonom, Unternehmer und Steuerberater eher für wirtschaftliche Fragen ausgewiesen, zumal er ja auch jahrelang mit dem libertären Janusz Korwin-Mikke verbunden war. Aber auch Mentzen ist für seine starken gesellschaftspolitischen Aussagen bekannt. So sagte er während des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament am 19. März 2019 in Krakau: »Wir wollen keine Juden, Homosexuellen, Abtreibung, Steuern und keine Europäische Union«. Davon hat er sich später distanziert und bekundet, dass dies nie seine Ansichten gewesen seien. Gleichwohl ist die Konföderation klar gegen Abtreibung, Scheidungen und auch gegen die Europäische Union. Krzysztof Bosak vertritt gesellschaftlich gleichfalls konservative Positionen, d. h. er ist gegen Abtreibung (Ausnahme Gefährdung des Lebens der Frau), gleichgeschlechtliche Ehen und gegen Masseneinwanderung nach Polen.

Das Wahlprogramm der Konföderation von 2023 (siehe Rubrik »Dokumentation«) fordert auf dem Feld der Außenpolitik zwar nicht mehr den Austritt aus der EU, wirft aber der EU eine nicht vertragskonforme Ausdehnung ihrer Kompetenzen vor. Zudem implementiere die EU eine Ideologie des »Klimatismus« (*Ideologia klimatyzu*), die zur Verarmung der Bürger beitrage. Der menschengemachte Klimawandel wird nicht direkt gelegnet, aber Klimaschutzmaßnahmen, die hier nicht einzeln aufgeführt werden, sind durch den Ideologievorwurf diskreditiert. Die EU wird im Weiteren als Moloch bezeichnet, d. h. es taucht eine für Populisten typische Gegenüberstellung des Volkes gegen die abgehobenen Eliten, in diesem Fall die EU, auf. Für diese negativ umrissene Politik sind nach Einschätzung der Konföderation die alten Parteien, also PO und PiS, gleichermaßen verantwortlich. Typisch für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien ist auch die hier verkündete Ansicht, dass vor allem das polnische Nationalinteresse vertreten werden solle. Das ist natürlich nicht undemokatisch, aber es passt in einen Politikansatz, wonach nicht von einer Win-win-Situation im Kontext der EU ausgegangen wird, sondern von Politik als Nullsummenspiel.

Die Sicherung der Grenzen und damit einhergehende eine Stärkung des eigenen militärischen Potentials Polens wird ebenfalls im Programm besprochen.

Es gelte, die polnische Armee zu stärken und eine positive Haltung zur Verteidigung zu fördern. Dafür sei eine Kultur des Waffenbesitzes erforderlich. Bürgern sollte der Waffenbesitz erleichtert, ein entsprechendes Training angeboten, und das Netz von Schießplätzen ausgebaut werden.

Auf dem Feld der Bildungs- und der Gesundheitspolitik möchte die Konföderation mehr Möglichkeiten für den Bürger und über Marktmechanismen mehr Wettbewerb zwischen Schulen bzw. Gesundheitseinrichtungen erreichen. Der Staat soll hier deutlich zurückgefahren werden. Gleches gilt für die Steuerpolitik, wo sich die Konföderation für ein einfacheres Steuersystem und insgesamt niedrigere Steuern ausspricht.

Aufschlussreich sind darüber hinaus Dokumente, die etwas über den ideologischen Hintergrund der Konföderation und die Genese der Parteipositionen aussagen.

Da ist zum einen die Konföderation von Gietrzwałd (siehe Rubrik »Dokumentation«). Gietrzwałd (dt. Dietrichswalde) ist ein Dorf in der Woiwodschaft Ermland-Masuren und zugleich ein bekannter Wallfahrtsort, seit zwei junge Mädchen im Jahr 1877 von Marienerscheinungen an diesem Ort berichteten. Diesen Ort haben Vertreter der Konföderation ausgewählt, um die sogenannte Gietrzwałder Konföderation zu schließen. Dabei handelt es sich um ein Dokument, das sich klar zu katholischen Werten bekennt und in dem sich die Unterzeichner in ihrem privaten wie öffentlichen Leben der Herrschaft Jesu Christi als König von Polen und der Fürsorge der Gottesmutter Maria unterstellen. Neben den religiösen Prinzipien, die hier herausgestellt werden, sind die Implikationen für die Politik offensichtlich. Das Ziel ist ein katholisches Polen, das völlig souverän ist und in gesellschaftlichen Fragen sehr konservative Positionen vertritt. Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderem Sławomir Mentzen (NN), Krzysztof Bosak (RN) und Grzegorz Braun (KKP), der im Jahr 2018 ein Buch über Gietrzwałd, die Marienerscheinungen und deren Auswirkungen auf die Geopolitik geschrieben hat.

Zum anderen ist auch ein längerer Text der Nationalbewegung interessant, und zwar ein ideengeschichtliches Dokument mit dem Titel »Mit Tradition in die Zukunft« (Z tradycją w przyszłość) aus dem Jahr 2023. In dem umfangreichen Text (134 Seiten) geht es um den polnischen Nationalgedanken, seine Form und die sich ihm entgegenstellenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Unterschrieben ist das Vorwort vom damaligen Vorsitzenden der Allpolnischen Jugend, Marcin Kowalski. Bereits im ersten Abschnitt wendet sich der Text gegen die konstruktivistische Schule der Nationalismusforschung, die Intellektuellen eine große Rolle bei der Entstehung moderner Nationen zuschreibt – so zum Beispiel der amerikanische Politikwissenschaftler Benedict Anderson in seinem berühmten Buch »Die Erfindung

der Nation«. Im Gegensatz zu dieser gegenwärtig dominanten Richtung in der Nationalismusforschung geht der Text von Nationen als natürlichen Gemeinschaften aus. Auch die Unterscheidung zwischen ethnischen und politischen Nationen (im Text »Bürgernation« – naród obywatelski) wird abgelehnt und stattdessen eine Einheit postuliert, die beide Elemente umfasst. Diese hier nur sehr kurz wiedergegebenen Analysen zur polnischen Nation haben umfangreiche Implikationen für die Politik, und zwar unter anderem im Bereich der Erziehung und Bildung, der Staatsbürgerschaft und der Verteidigung der nationalen Souveränität, um nur einige Politikfelder zu benennen. Die Nation ist Richtschnur und oberster Wert und damit wird auch der polnische historische Weg in den Vordergrund gestellt, ganz konkret die Verbindung mit dem Katholizismus. Dass damit viele Elemente der Geschichte Polens wie zum Beispiel religiöse Toleranz, die Anwesenheit unterschiedlicher Bekenntnisse und die Multiethnizität der alten Adelsrepublik vor den Teilungen des Staates Ende des 18. Jahrhunderts ebenso ausgeblendet werden wie wissenschaftliche Erkenntnisse, ist offensichtlich. Aber es handelt sich bei dem Text ja vor allen Dingen um ein ideengeschichtliches Bekenntnis. Interessant ist auch, dass die gleichen Väter der Unabhängigkeit angeführt werden, wie vom damaligen Staatspräsidenten Andrzej Duda im Jahr 2018, also Dmowski, Paderewski, Daszyński, Witos, Korfanty und Piłsudski. Auf dem Feld der Außenpolitik wird zwar die Mitgliedschaft in der NATO akzeptiert, aber Polen sollte Distanz sowohl zu China als auch zu den USA wahren und sich vor allem von seinem eigenen nationalen Interesse leiten lassen. Hinsichtlich der Mitgliedschaft in der EU gelte es, stärker die Vor- und Nachteile abzuwägen und die Polen auf einen eventuellen Austritt aus der EU in der Zukunft vorzubereiten. Entscheidungen der EU-Kommission und des Europäischen Gerichtshofes sollten, wenn sie schädlich für Polen seien, nicht umgesetzt werden. Schließlich wird auch der Prometheismus in der polnischen Ostpolitik abgelehnt. Dies war eine Idee, die auf Józef Piłsudski in der Zwischenkriegszeit zurückgeht und die die Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Gebiet der Sowjetunion förderte. Zwar sei die Unabhängigkeit der Ukraine, von Belarus oder Litauen allgemein im polnischen nationalen Interesse, aber dies sollte stärker von spezifischen Interessen geleitet sein und beispielsweise Unterstützung für diese Staaten von der Situation der polnischen Minderheit in diesen Ländern abhängig machen.

Dieser Überblick über unterschiedliche Programme und Dokumente der Konföderation bzw. der Nationalbewegung verdeutlicht, dass die Partei im Bereich der Innen- wie der Außenpolitik deutlich andere Ansätze verfolgt, als die anderen im Parlament vertretenen Parteien:

Im Bereich der Innenpolitik wird eine Begrenzung der Rolle des Staates postuliert, mehr Marktmechanismen sollen zum Beispiel im Bereich der Bildungs- und der Gesundheitspolitik greifen. Zuwanderung ist danach deutlich zu begrenzen und sie wird vor allem als negative Massenimmigration skizziert. Im Bereich der Außenpolitik wird eine souveräne, interessengeleitete Politik gefordert, die den souveränen Nationalstaat voraussetzt und die Mitgliedschaft in der EU vor allem als Bedrohung wahrnimmt. Alle Allianzen müssen das eigene Nationalinteresse befördern. Grundlage jeglicher Politik ist die Nation, die Verbindung mit dem Katholizismus und die Vorstellung, dass Politik ein Nullsummenspiel ist.

Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus: die Konföderation und die polnische Demokratie

Die Konföderation wird von politischen Gegnern vor allem als extremistische Partei beschrieben, aber naturgemäß erfolgt diese Charakterisierung eher von Seiten der politischen Linken und liberaler Parteien. Ohne Zweifel kann man die Konföderation als rechtspopulistische Partei bezeichnen. Die Ablehnung von Multikulturalismus, die Betonung der Nation und des nationalen Interesses sowie die Frontstellung gegen die alten Eliten der PO und der PiS beglaubigen diese Charakterisierung. Ob diese Partei aber auf der Grundlage ihrer nachlesbaren Äußerungen als rechtsextrem eingestuft werden kann, ist doch eher zweifelhaft. Weder werden demokratische politische Institutionen und Verfahren abgelehnt noch äußern sich Spitzendemokraten offen rassistisch oder antideutsch. Dies gilt jedoch nicht für Grzegorz Braun, der sich offen antisemitisch bekennt, allerdings seit Januar 2025 nicht mehr der Konföderation angehört, und ebenso nicht für frühere Äußerungen von Sławomir Mentzen, die eine Diskriminierung von Juden und Homosexuellen postulierten, von denen er sich heute aber distanziert. Die Vorfeldorganisationen wie die Allpolnische Jugend oder die ONR sind allerdings deutlich kritischer zu beurteilen und ganz offensichtlich sind die Grenzen zur Konföderation fließend, wie aus der politischen Karriere ihrer Abgeordneten hervorgeht.

Dennoch muss festgehalten werden, dass die politischen Positionen der Konföderation erzkonservativ sind und politische Sprengkraft enthalten. Die Ablehnung von Abtreibung und Homosexualität ist offensichtlich, der katholische Glaube wird zur normativen Leitschnur und außenpolitisch würde eine Regierung unter Beteiligung der Konföderation eine Infragestellung der EU-Mitgliedschaft und traditioneller Bündnisse bedeuten. Dies ist per se nicht undemokratisch, würde aber fast schon revolutionäre Veränderungen verursachen und die gesellschaftlichen Spaltungen vertiefen, zumal auf

dem Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik eher liberale Positionen vertreten werden – im Unterschied zum programmatischen Ansatz der PiS.

Die PiS und die Konföderation – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Während bei den anderen im Parlament vertretenen Parteien die Abgrenzung von der Konföderation offensichtlich ist, muss das bei der PiS zumindest hinterfragt werden, da eine Koalition mit der Konföderation nach den nächsten Parlamentswahlen womöglich die Chance auf eine Regierungsbildung bieten würde. Allerdings sind die programmatischen Unterschiede gewaltig. Anders als die Konföderation hat die PiS ein stark akzentuierteres Sozialprogramm und hat wohl vor allem gestützt darauf im Jahr 2015 die Parlamentswahlen gewonnen. Nichts dergleichen weist die Konföderation auf. Sie setzt auf den Markt und Wettbewerb. Auch im Bereich der Außenpolitik sind die Unterschiede deutlich. Die PiS betont das enge Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und auch zu Israel, während die Konföderation eine souveräne Außenpolitik mit Distanz zu den USA (und China) vertritt und Israel sehr kritisch sieht. Auch die Haltung zur EU ist im Falle der PiS, trotz aller berechtigter Kritik (Stichwort Artikel-7-Verfahren gegen Polen wegen der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, im Mai 2024 durch die Europäische Kommission eingestellt), sehr viel konstruktiver und sieht in bestimmten Bereichen wie der Verteidigungs- oder Migrationspolitik eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit vor, während die Konföderation trotz einer Abschwächung ihrer Position letztlich die EU verlassen möchte.

Die größte Schnittmenge zwischen der PiS und der Konföderation besteht sicherlich auf dem Feld des Patriotismus und der nationalen Erzählung, wobei die Ansätze der Konföderation deutlich akzentuierter und weniger mehrheitsfähig sind. Hier muss sich die PiS den Vorwurf gefallen lassen, sich nicht hinreichend von der Konföderation abzugrenzen. Eine kritischere Lesart der Traditionen der Endecja und von Roman Dmowski würde die Unterschiede herausarbeiten. Stattdessen wird unkritisch auch auf Traditionen der Nationaldemokratie verwiesen, wo dies doch eher die Domäne der Vorfeldorganisationen der Nationalbewegung und damit auch der Konföderation sind. Auch verschiedene Historiker, die mit PiS verbunden sind, wie zum Beispiel Jan Żaryn, aktuell für die PiS Senator, verteidigen regelmäßig das Erbe der Nationaldemokratie. Ungeachtet der Verdienste von Roman Dmowski für die Unabhängig-

keit Polens nach 1918 darf seine antisemitische und nationalistische Haltung aber nicht ignoriert werden. Er gehört eher in die Traditionslinie der Nationalbewegung und sollte von der PiS nicht beansprucht werden.

Im Europäischen Parlament treten die Unterschiede deutlicher hervor. Abgeordnete der PiS sind Mitglieder in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer, während Vertreter der Konföderation (NN) unter anderem mit Abgeordneten der Alternative für Deutschland (AfD) der Fraktion Europa der Souveränen Nationen angehören bzw. die Vertreter der Nationalbewegung der Fraktion Patrioten für Europa beigetreten sind. Grzegorz Braun ist hingegen fraktionslos.

Trotz der gesellschaftspolitisch eher polarisierenden Positionen der Konföderation, die bei ihren Vorfeldorganisationen auch extreme Haltungen annehmen können, ist die Wahrnehmung der Konföderation in der polnischen Gesellschaft doch eher unkritisch. Eine erwartbare Distanz gegenüber extremen gesellschaftlichen Positionen ist kaum anzutreffen und in neuesten Umfragen käme selbst Grzegorz Braun mit seiner Partei Konföderation der Polnischen Krone ins Parlament und die Konföderation wäre weiter gestärkt hinter der KO und der PiS.

Auf die Schwäche in den Umfragen reagiert die PiS aktuell mit einer Akzentuierung von Positionen wie der Betonung der nationalen Souveränität, Schutz der Grenze und Ablehnung von Migration, während doch eine Hervorhebung ihrer Sozialpolitik oder die Forderung nach einem solidarischen Europa sehr viel eher die Unterschiede zur Konföderation verdeutlichen könnte. Auch der neu gewählte polnische Präsident Karol Nawrocki streicht demonstrativ den polnischen Patriotismus heraus und seine gesellschaftspolitischen Positionen sind nahe an Haltungen der Konföderation.

Es scheint, als würde die Auseinandersetzung mit der Konföderation vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der auch in Polen vertretenen Gruppe »Die letzte Generation« geführt werden müssen. Das wird allerdings nicht ausreichen, um den wachsenden Erfolg der Konföderation einzudämmen, da sie insbesondere bei Jugendlichen, die den über zwanzig Jahre alten Konflikt zwischen der PO und der PiS leid sind, populär ist – unter anderem auch aufgrund erfolgreicher Kampagnen in den sozialen Medien. Von einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Konföderation wird aber sowohl die Stabilität der polnischen Demokratie als auch eine konstruktive Mitgliedschaft in der EU abhängen. Momentan deutet allerdings wenig auf ein Ende der wachsenden Popularität der Konföderation hin.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

DOKUMENTATION

Konföderation: »Die Verfassung der Freiheit«. Wahlprogramm 2023

[...]

Problemdiagnose

Vertragsbrüche der Europäischen Union

Seit einigen Jahren wird Polen von EU-Bürokraten mit Vorwürfen geplagt, dass es die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzt. Das ist eine eigenartige Ironie – denn wenn man jemandem einen solchen Vorwurf machen kann, dann v. a. der Europäischen Union selbst, allen ihren wichtigsten Organen und den in ihnen sitzenden politischen Oligarchen. In Europa, das von linksliberalen Medien und willenlosen Politikern beherrscht wird, spricht darüber fast niemand, aber Tatsache ist, dass schon seit langem die **wichtigsten Handlungsstrategien der EU in krassem Widerspruch zu den Regeln stehen, die sich aus den Gründungsverträgen der EU selbst ergeben.**

Die formale Handlungsgrundlage der Europäischen Union sind zwei Gründungsverträge (Vertrag über die Europäische Union/EUV und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union/AEUV). Die Verträge beinhalten die grundlegenden Prinzipien, Kompetenzen und Ziele der Europäischen Union – und obwohl sie den Institutionen der EU weite Handlungsfelder eröffnen (weiter als mit den polnischen Interessen zu vereinbaren möglich ist), haben die Anführer der EU die Verträge schon längst entsorgt und sich selbst ganz und gar illegal die Macht über viele Lebensbereiche zugeschrieben, die den Verträgen entsprechend jedoch allein im Bereich der Mitgliedsstaaten liegen sollten.

[...]

Zu den häufigsten illegalen Handlungen der Europäischen Union gehören:

1. Kompetenzerweiterungen der EU, die über die Verträge hinausgehen (Verletzung des Art. 5.2 des EUV sowie des Art. 3 und 4 des AEUV). Die Verträge bestimmen die konkreten Bereiche, in denen die Europäische Union alleinige Kompetenzen hat (u. a. die Zollunion, Wettbewerbsregeln, die Gemeinsame Handelspolitik), sowie die Bereiche, in denen die EU mit den Mitgliedsstaaten Kompetenzen teilt (u. a. der Binnenmarkt, Landwirtschaft, Transport, Energie, Umwelt sowie der sog. »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«). Die europäischen Institutionen interpretieren ihre Kompetenzen seit Jahren in einer extrem ausufernden Art und Weise, und jedes Jahr übernehmen sie weitere Bereiche, wofür sie laut Verträgen keinesfalls die Kompetenzen haben. Beispiele gibt es viele, zu diesen Bereichen gehören z. B. das Bauwesen, die Industrie, die Klimapolitik, Aspekte des Justizsystems, Arbeitnehmerrechte und auch Dutzende anderer, kleinerer Angelegenheiten – bis hin zur Ebene des willkürlichen Regulierens von Einzelheiten beim Vorgehen konkreter Industrieunternehmen (bei den Vereinbarungen zum Landesaufbauplan) oder auch von Entscheidungen über konkrete Bestimmungen im polnischen parlamentarischen Arbeitsablauf.

2. Handeln gegen die Ziele der Europäischen Union (Verletzung des Art. 3.1 EUV). Dem Gründungsvertrag entsprechend, ist es das Ziel der Europäischen Union, Frieden, die europäischen Werte und den Wohlstand ihrer Nationen zu fördern. Insbesondere das letztgenannte Ziel wird seit vielen Jahren von der EU-Gesetzgebung eindeutig missachtet. Fast bei jeder Sitzung des Europäischen Parlaments oder des Rates der EU werden Rechtsakte behandelt, deren unmittelbare Folge ist, dass sich die wirtschaftlichen Probleme der Einwohner der EU vergrößern und sich das Wohlstandsniveau verschlechtert. Das Streben nach Wohlstand wurde zugunsten eines neuen, inoffiziellen und den Verträgen widersprechenden Ziels der EU-Eliten aufgegeben – des Kampfes gegen die globale Erwärmung. Die Ideologie des Klimatismus wurde eine von oben auferlegte Antriebskraft für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Revolution, die Europa mit einer komplexen Krise bedroht: wirtschaftlicher Zusammenbruch, wahnsinnige Inflation, Schuldenkrise und gewaltige Armut.

3. Verletzung des Subsidiaritätsprinzip (Art. 5.3 EUV). Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, sollte die Europäische Union (im Rahmen ihrer Kompetenzen) nur dann handeln, wenn die betreffenden Ziele nicht durch selbständiges Handeln der Mitgliedsstaaten erreicht werden können. Obgleich dies ein grundlegendes Prinzip ist und vielfach in den Verträgen genannt wird, ist es in der heutigen Europäischen Union praktisch tot. Die europäischen Institutionen sprechen sich ohne Hemmungen das Recht zu, in beliebigen Bereichen zu handeln, sehr häufig greifen sie nach tatsächlicher Machtausübung in Bereichen, mit denen die Mitgliedsstaaten sehr viel besser allein fertig werden.

Zu der Liste der vertragsmäßigen Bestimmungen, die regelmäßig von den EU-Institutionen verletzt werden, lassen sich noch viele Positionen hinzufügen, u. a. der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** (Art. 5.4 EUV), der **Katalog der europäischen Werte** (Art. 2 EUV), das **Prinzip der Kohärenz zwischen der Politik und den Maßnahmen der EU** (Art. 7 AEUV) oder der **Grundsatz der Transparenz und Offenheit** (Art. 15 AEUV).

Die seit Jahren zunehmende Gesetzeslosigkeit des Handelns der EU und die sie begleitende schweigende Akzeptanz aller bisherigen Regierungen bewirkten, dass das System der EU-Institutionen zu einem Moloch ohne jegliche Beschränkungen wurde, der über gigantische Macht verfügt und für alle Einwohner der EU-Mitgliedsstaaten gefährlich ist.

Es ist höchste Zeit, die Verschwörung des Schweigens über die Vertragsverletzungen durch die Europäische Union selbst zu brechen.

[...]

Vorschläge der Konföderation (Konfederacja) Eine effektive Europa-Politik

Die effektive Realisierung des nationalen Interesses im Forum der Europäischen Union erfordert die ernsthafte Behandlung einer Reihe von Aufgaben, die bis jetzt von den Politikern der Bürgerplattform (Plataforma Obywatelska – PO) und von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geringschätzig behandelt wurden. Polen braucht eine reflektierte, langfristige und mehrdimensionale Strategie, um Werkzeuge zur Einflussnahme auf die europäische Politik zu entwickeln.

Zuallererst muss die polnische Regierung anfangen, die ihr zugänglichen Ressourcen und Berechtigungen tatsächlich zu nutzen. In bestimmten Situationen hat Polen – wie jeder andere Staat der EU – das Recht, sein Veto gegen EU-Projekte einzulegen. Viele äußerst schädliche EU-Programme (u. a. das Paket Fit for 55 oder der Wiederaufbau-fonds, der gemeinsame Schulden, gemeinsame Steuern und die Programme des Landesaufbauplans umfasst) wären gestoppt oder deutlich verzögert worden, wenn auch nur eine Regierung gewagt hätte, ihr Veto einzulegen. Es muss ganz schlicht und einfach angefangen werden, dieses Recht nutzen – immer dann, wenn das betreffende Projekt dem polnischen nationalen Interesse widerspricht und der Beschluss Einstimmigkeit erfordert.

Eine andere im Grunde nicht genutzte Ressource ist die Funktion des Kommissars der Europäischen Kommission (jedes Land besetzt einen Posten). Auf einen solchen Schlüsselposten sollten die fähigsten Landespolitiker delegiert werden und nicht wie bisher zweitrangige Apparatschiks und zufällige Karrieremacher. Ein Kommissar sollte seine Arbeit mit der polnischen Regierung koordinieren und die Rolle eines »Frühwarnsystems« einnehmen, das es ermöglicht, sich auf aufziehende EU-Offensiven vorzubereiten und schädliche Projekte, wenn möglich, mit Unterstützung der polnischen Regierung im Keim zu ersticken. Mit demselben Ziel sollte auch auf die Erhöhung der Anzahl polnischer hoher und mittlerer Beamter in den Institutionen der Europäischen Union gedrängt werden und Kandidaten für diese Funktionen aus dem Kreise der kompetentesten und am patriotischsten eingestellten Vertreter der jungen Generation gewählt werden. Zurzeit ist der Anteil polnischer Beamter in der EU deutlich kleiner, als es sich aus dem Verhältnis der polnischen Bevölkerung zur EU-Gesamtbevölkerung ergeben müsste.

In Situationen, in denen die eigenen Ressourcen nicht ausreichen, muss die Regierung die Fähigkeit und die Energie haben, multinationale Koalitionen zu konkreten Angelegenheiten aufzubauen (oder zumindest sich diesen anzuschließen). Seit vielen Jahren sind die Europäische Kommission sowie Staaten wie Deutschland und Frankreich imstande, für sie günstige Rechtsakte durchzubringen, obwohl diese dem Interesse der Mehrheit der übrigen Staaten entgegenstehen. Die Projekte gehen durch, weil die Mehrheit schlechter organisiert und passiv ist. Es ist schwer zu sagen, wie sich das Schicksal so kontroverser und schädlicher Rechtsakte wie das Verbot des Verbrennungsmotors oder die EU-Gebäuderichtlinie (die den Zwang auferlegt, bei Millionen Immobilien eine energetische Sanierung durchzuführen) gewandelt hätte, wenn der Ministerpräsident oder der betreffende Minister eines Landes wie Polen eine diplomatische Offensive zur Bildung eines Bündnisses der Gegner solcher Lösungen betrieben hätte. Diplomatische Bemühungen sollten mit breit angelegten Medienkampagnen zusammengehen, die auch an die Bürger anderer Staaten adressiert sind und nicht nur an die in Polen. Zurzeit hat die Europäische Kommission praktisch das Monopol auf gesamteuropäische Propagandamaßnahmen, aber ein Staat von der Größe Polens hat Mittel und Instrumente, um sogar vollkommen selbständig Medienkampagnen durchzuführen, welche die realen Folgen von EU-Projekten zeigen, und auf diese Weise demokratischen Druck von unten für die Blockade der anvisierten Lösungen aufzubauen.

Schließlich bleiben auch noch juristische Blockade- oder Verzögerungsmöglichkeiten gegenüber Rechtsakten, die trotz aller bereits aufgeführten Maßnahmen verabschiedet werden. Rechtsakte, welche die europäischen Verträge verletzen, sollten massenhaft vor die Gerichte der Europäischen Union oder anderer internationaler Organisationen gebracht werden. Die in Polen in Kraft getretenen Rechtsakte sollten im Falle jeglicher Unklarheiten so interpretiert werden, dass sie mit dem polnischen nationalen Interesse maximal übereinstimmen, und nicht gemäß der Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Entscheidung über die Inkraftsetzung einer Direktive oder eines Urteils kann zudem viele Jahre lang aufgeschoben werden – entgegen der verbreiteten Meinung ist das eine sehr häufig angewandte Praktik. Kein Land der EU ist mit der Umsetzung aller Direktiven »auf dem Laufenden«, und die Strafen für die fehlende Inkraftsetzung sind gewöhnlich wenig spürbar oder werden mit großer Verzögerung verhängt. Die Hauptherausforderung ist hier, ein kompetentes juristisches Analysezentrum beim polnischen Ministerpräsidenten aufzubauen, das imstande ist, den besten Rechtsweg zu empfehlen, um die gesetzten politischen Ziele zu erreichen.

[...]

Vernunftgeleiteter Zugang zu Schusswaffen

Seit Beginn der Dritten Republik Polen zeichnet sich unser Land leider durch einen außerordentlich niedrigen Index zum Waffenbesitz und Umgang mit Schusswaffen aus. Daten dieses Jahres zufolge [...] entfallen auf 1.000 Bürger 25 Stück. Zum Vergleich: In Finnland sind es mehr als 320 Stück [...] und in der Schweiz, Norwegen und Österreich mehr als 250. Sogar Deutschland hat achtmal so viele Waffen pro 1.000 Einwohner wie Polen. Interessant ist, dass diese Statistik den sprunghaften, sich fast verdoppelnden Anstieg der von Polen gekauften Exemplare berücksichtigt; dieser trat im vergangenen Jahr infolge der russischen Invasion in die Ukraine auf [...].

Ein so niedriger Index wie in Polen ist in anderen europäischen Ländern nicht anzutreffen (die einzige Ausnahme ist Rumänien). Die angeführten Daten zeigen klar, dass die Forderung nach einem **vernunftgeleiteten Zugang zu Waffen** nichts Radikales ist und ihre Realisierung uns einfach nur an das Durchschnittsniveau in Europa annähert. Das aktuell obligatorische bürokratische Prozedere, das einen großen zeitlichen und finanziellen Einsatz ohne Erfolgsgarantie erfordert, hält erwachsene Polen wirksam davon ab, sich um eine Waffenerlaubnis zu bemühen. Vielmehr verbreiten die Medien und Politiker linksliberaler Kreise eine kontraktive Narration, die den gesamten gesellschaftlichen Trend, sich mit Waffen vertraut zu machen, anprangert. Unter »vernunftgeleitetem« Zugang zu Waffen verstehen wir die **Einführung klarer und objektiver Kriterien für die Vergabe eines Waffenscheins**, die keinen Raum für willkürliche Entscheidungen lassen.

Der hier dargestellten Forderung muss der Vorschlag folgen, **das Waffenregister für Privatpersonen von der Zentralebene auf die kommunale Ebene** zu verlegen, um ausländische Geheimdienste daran zu hindern, alle Waffenbesitzer in Polen einfach zu lokalisieren. Außer rechtlichen Änderungen ist auch eine **bessere Infrastruktur und ein einfacherer Zugang zu Wissen und Handhabung** notwendig. Das Netz der Schießstände muss ausgebaut sowie Schulungen und Wettkämpfe (nicht nur zu Fertigkeiten der Waffenbedienung, sondern auch in anderen Bereichen wie Survival oder Zivilverteidigung) finanziert und organisiert werden. Waffengebrauch und Verteidigung sollen nicht nur eine Abwechslung für wohlhabende Menschen sein, es sollte eine selbstverständliche und freiwillige Art und Weise der Freizeitgestaltung für einen größtmöglichen Teil der Gesellschaft werden.

Zu betonen ist, dass die Gewährung eines besseren Zugangs zu Waffen aus der Perspektive des Staates eine einfache und finanziell unaufwendige Möglichkeit ist, die nationale Sicherheit zu verbessern.

[...]

Der Bürger ist das Fundament der Sicherheit

Eine unerlässliche Bedingung für effekives Handeln im Krisenfall ist eine entsprechende Einstellung und die Vorbereitung der Bürger. Wir fordern die **Ausweitung des Angebots an freiwilligen Schulungen für Zivilisten**, die von den Streitkräften und dem Verteidigungsministerium organisiert werden, sowie auch eine **stärkere Professionalisierung der obligatorischen Schulungen** für Reservisten. Der Zeitplan der Schulungen sollte mit angemessenem Vorlauf bekannt und zugänglich sein, um bürokratisches Durcheinander und ein Entzweien von Bürgern und Staatsapparat in einer Situation zu vermeiden, wenn jene unerwartet aus dem Rahmen ihres Familien- und Berufsalltags »herausgerissen« werden.

Im Zeitalter des dauerhaften Konflikts jenseits unserer östlichen Grenze dürfen die staatlichen Behörden nicht die Gelegenheit verstreichen lassen, das wieder erwachte patriotische Gefühl der Bürger in einen **konkretisierten Rahmen militärischer Schulungen und Schulungen für Zivilverteidigung** zu lenken sowie auf (auch finanziell) attraktive Angebote, sich den Strukturen der Berufsarmee oder den Einheiten der Territorialverteidigung anzuschließen.

Die Vergrößerung der Streitkräfte

Die effektive Verteidigung Polens erfordert eine stabile, mehrjährige **Strategie für die Erhöhung der Anzahl der Berufssoldaten und geschulten Reservisten**. Das erfordert mehrdimensionale Maßnahmen in verschiedenen Bereichen – kulturelle Veränderungen (u. a. Förderung der Kultur des Waffenbesitzes und des Interesses an Verteidigung), organisatorische Veränderungen (z. B. ein erleichterter Zugang zu verschiedenen Arten von Schulungen und Erleichterungen beim Engagement für pro-Verteidigungsorganisationen) und auch finanzielle Veränderungen (inkl. solcher selbstverständlicher Maßnahmen wie Gehaltserhöhungen bei den Soldaten und Erhöhung ihrer finanziellen Sicherheit).

Es ist notwendig, die **Zahlenstärke der Einheiten der Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej)** zu erhöhen – die Entwicklung dieser Formation ist eine gute und kosteneffiziente Möglichkeit, das Verteidigungspotential des Staates zu vergrößern. Dieses Format ermöglicht, militärische Pflichten mit dem Berufs- und Familienleben zu verbinden. Zu den geforderten Veränderungen im bestehenden System der Einheiten der Territorialverteidigung gehören u. a. die Notwendigkeit einer größeren lokalen Verteilung der Waffen- und Ausrüstungsmagazine der Soldaten der Territorialverteidigung, so dass im Falle des Kriegsausbruchs ihre Übernahme oder Zerstörung schwieriger

werden würde als aktuell. Zurzeit sind die Einheiten der Territorialverteidigung ein Vorzeigeprojekt und die Entwicklung dieser Formation war in vielen Fällen damit belastet, dass sie zuungunsten der neuen Ausrüstung der Berufssoldaten ging. Diese Praktiken müssen beendet werden. Die Berufsarmee ist das Fundament der Streitkräfte und sollte immer nicht nur am besten geschult, sondern auch am besten ausgestattet sein.

[...]

Fettdruck im Original.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Konfederacja Wolność i Niepodległość: Konstytucja Wolności. Programm wyborczy 2023 [Die Verfassung der Freiheit. Wahlprogramm 2023]. https://konfederacja.pl/app/uploads/Konfederacja_WiN_Program_2023-1.pdf (abgerufen am 27.11.2025).

Bekenntnis der Konföderation von Gietrzwałd A.D. 2018

Die ideellen Wurzeln der heutigen Partei Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) beziehen sich u.a. auf die 2018 verfasste Entschließung rechter politischer Kreise unter dem Titel »Konföderation von Gietrzwałd«. Beide heutigen Anführer der Konföderation haben diese unterschrieben: Krzysztof Bosak als Vorsitzender der Nationalbewegung (Ruch Narodowy) und Stanisław Mentzen, damals Chef der Partei Freiheit (Wolność). Das Dokument stellt Polen unter einen besonderen Schutz Christi und der Gottesmutter und ermahnt zum ideellen und politischen Kampf für ein souveränes katholisches Polen. (Anm.d.Red.)

Wir, die Unterzeichner, die ihre Zugehörigkeit zum Polnischen Volk Lateinischer Zivilisation* erklären, die der Freiheit verbunden und sich der Pflichten bewusst sind, welche sich aus der Annahme der katholischen Werte als Grundlage dieser Zivilisation ergeben, bringen hiermit unseren aufrichtigen Willen zum Ausdruck, unser privates und öffentliches Leben der Herrschaft Christi als König Polens sowie der Obhut Seiner Allerheiligsten Mutter, Königin der Polnischen Krone**, zu unterstellen. Wir begreifen Ihre Macht über uns vollkommen real und keineswegs nur symbolisch.

Wir mahnen daher, Ihre Höchste Majestät, letztgültige Autorität und Ihr vollständiges Recht uns zu regieren, anzunehmen – ein Recht, das sich nicht nur aus der natürlichen Schöpfungsordnung, sondern auch aus den von unseren Vorfahren vollzogenen Bekenntnissen (in Lwów A.D. 1656, in Jasna Góra A.D. 1956) sowie mit unserer Beteiligung (in Łagiewniki A.D. 2016) herleitet. Aus diesem Grund und in dieser Tradition ergibt sich für uns der kategorische Imperativ, zu verteidigen – den Glauben und das Land der Väter, die nationale Kultur und das nationale Erbe, die Sicherheit der Familie und des Lebens; – die von Gott gegebene Freiheit zu handeln und die natürliche Ordnung der Dinge, das Recht auf Eigentum und die Prinzipien der Gerechtigkeit, die innere Ordnung und die Unabhängigkeit des Staates. Dabei legen uns in allen diesen fundamentalen Fragen die verfassungsmäßigen Prozedere einer demokratischen Republik eine reale, nicht nur moralische, sondern politische und finanzielle Verantwortung für verwerfliche Praktiken auf, die wir unter keinen Umständen gutheißen können. Sie sind uns schlechterdings verboten, die wir treu den oben Genannten Höchsten Personen, unseren tatsächlichen Herrschern, ergeben sind.

Als extrem gefährlich erkennen wir die internationale Lage: angesichts der Kriegsgefahren, angesichts der Triumphie der Antizivilisation des Todes und des auf Raten hinausgezögerten Selbstmordes des laizistischen Europas – von nirgendwoher Entschluss. Es ist daher höchste Zeit, sich von den schädlichen Illusionen zu trennen, die allein in menschlichen Konzepten und Instanzen Mittel zur Rettung und die Hoffnung auf Befreiung sehen. Hiermit schließen wir uns somit unter dem Zeichen der Allerheiligsten Jungfrau Maria von Gietrzwałd am 141. Jahrestag Ihrer Erscheinung zusammen, in dem Bewusstsein der nicht getilgten Schuld der Dankbarkeit für die wunderbare Rettung im Jahr 1877. Damals erhielt unsere vor tödlichen Gefahren errettete Nation gleichzeitig die Verheißung der Unabhängigkeit – zu erlangen mit Hilfe des redlichen Programms der organischen Arbeit, der Arbeit an sich selbst, was 40 Jahre später Früchte trug. Unter dem Zeichen der Allerheiligsten Jungfrau Maria Gnadenvoll gelang es uns, die Unabhängigkeit im Jahr 1920 zu verteidigen, jedoch nicht mehr im Jahr 1939, da untreu und ungehorsam in vielen Angelegenheiten. Wir wollen heute, im Jahrhundert der Wiederbelebung unserer Staatlichkeit, sorgfältig unsere damals unvollendet gebliebene Gewissensprüfung nachholen und alte Sünden nicht weiter walten lassen.

Das Programm von Gietrzwald A.D. 1877 – ein Programm des bedächtigen und beharrlichen Erlangens der politischen Souveränität (die Freiheit von fremder, auferlegter Herrschaft) durch ausdauernde Arbeit für die Erlangung der inneren Souveränität (die Freiheit von mannigfachen Abhängigkeiten, Süchten und Lastern) – wollen wir heute wieder aufnehmen.

Wie verschieden die Formen und Bereiche unserer Tätigkeiten auch sein werden, wir wollen von nun an für uns selbst und andere diesen Orientierungspunkt annehmen: Gietrzwald, die richtige Richtung auf dem Weg zu einem Großen Katholischen Polen.

[...]

* Wir präzisieren: Auch wenn die allgemeinen Bezeichnungen »Pole« und »polnische Nation« ihre einstige Klarheit eingebüßt haben, wollen wir dennoch nicht, dass jemand unser freiwilliges Bekenntnis als widerrechtliche Besitzergreifung oder als Versuch versteht, unsere Grundsätze anderen aufzuerlegen, die sich Polen nennen, aber die Prinzipien der lateinischen Zivilisation nicht anerkennen.

** Das behaupten wir nicht nur im geistlich-religiösen Bewusstsein, sondern auch im Bewusstsein der rechtlich-politischen Implikationen des Aktes der Unterwerfung der Polnischen Nation dem König Jesus Christus, verkündet von der Kirche in Łagiewniki am 19. November 2016.

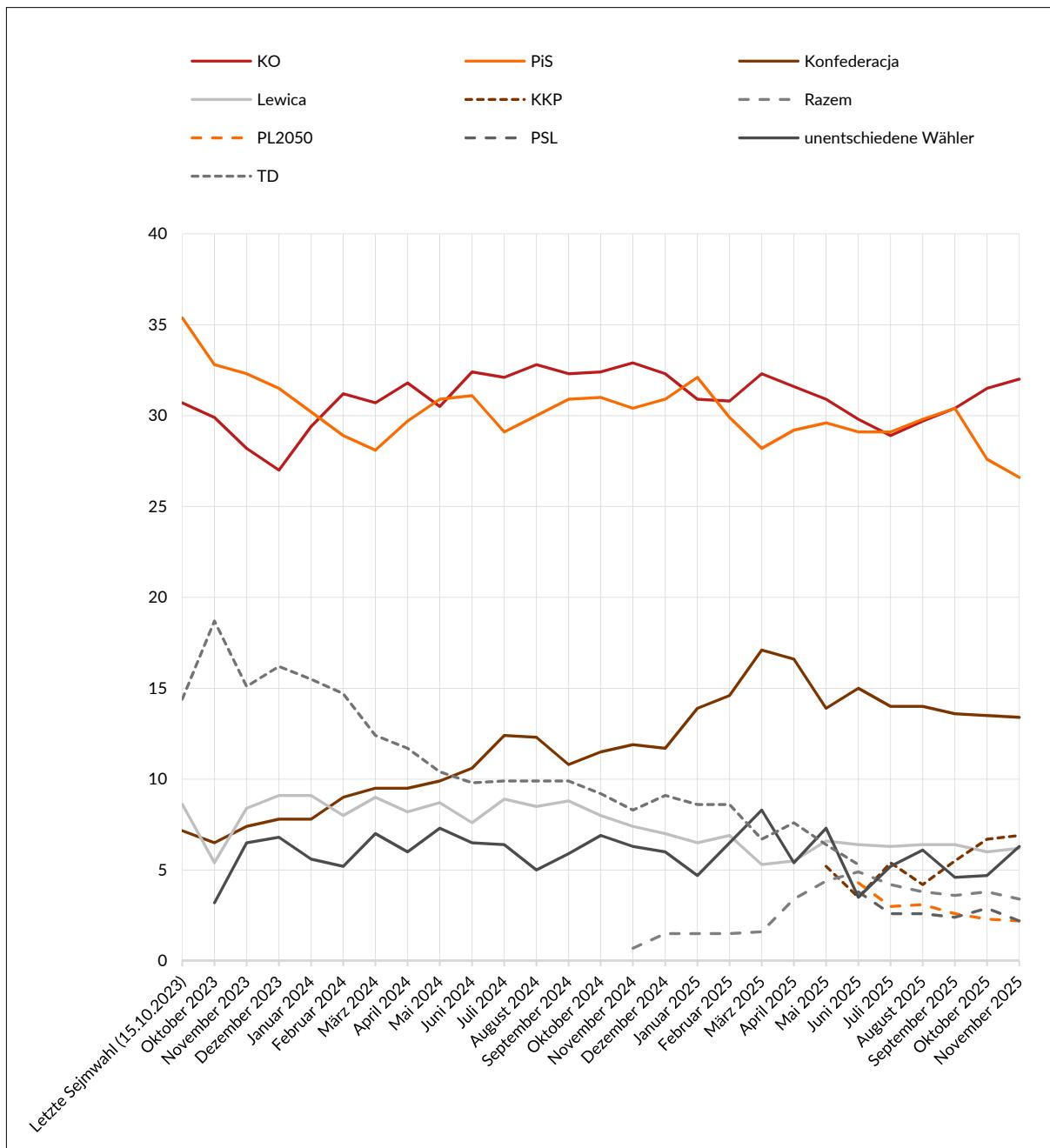
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Akt Konfederacja Gietrzwaldzkiej A.D. 2028 [Bekenntnis der Konfederacja Gietrzwald 2018]. <https://www.konfederacjagietrzwaldzka.pl/> (abgerufen am 28.11.2025).*

UMFRAGEN

Parteipräferenzen der polnischen Bevölkerung

Grafik 1: Parteipräferenzen der polnischen Bevölkerung (15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis November 2025)



KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Die Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 28.11.2025).

Tabelle 1: Parteipräferenzen der polnischen Bevölkerung (15. Oktober 2023 (Datum der letzten Sejmwahl) bis November 2025)

	Letzte Sejmwahl (15.10.2023)	Oktober 2023	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024	Februar 2024	März 2024	April 2024	Mai 2024	Juni 2024
KO	30,7	29,9	28,2	27	29,4	31,2	30,7	31,8	30,5	32,4
PiS	35,38	32,8	32,3	31,5	30,2	28,9	28,1	29,7	30,9	31,1
Konfederacja	7,16	6,5	7,4	7,8	7,8	9	9,5	9,5	9,9	10,6
Lewica	8,61	5,4	8,4	9,1	9,1	8	9	8,2	8,7	7,6
KKP										
Razem										
PL2050										
PSL										
unentschiedene Wähler		3,2	6,5	6,8	5,6	5,2	7	6	7,3	6,5
TD	14,4	18,7	15,1	16,2	15,5	14,7	12,4	11,7	10,4	9,8

	Juli 2024	August 2024	September 2024	Oktober 2024	November 2024	Dezember 2024	Januar 2025	Februar 2025	März 2025	April 2025
KO	32,1	32,8	32,3	32,4	32,9	32,3	30,9	30,8	32,3	31,6
PiS	29,1	30	30,9	31	30,4	30,9	32,1	29,9	28,2	29,2
Konfederacja	12,4	12,3	10,8	11,5	11,9	11,7	13,9	14,6	17,1	16,6
Lewica	8,9	8,5	8,8	8	7,4	7	6,5	6,9	5,3	5,5
KKP										
Razem					0,7	1,5	1,5	1,5	1,6	3,4
PL2050										
PSL										
unentschiedene Wähler	6,4	5	5,9	6,9	6,3	6	4,7	6,5	8,3	5,4
TD	9,9	9,9	9,9	9,2	8,3	9,1	8,6	8,6	6,7	7,6

	Mai 2025	Juni 2025	Juli 2025	August 2025	September 2025	Oktober 2025	November 2025
KO	30,9	29,8	28,9	29,7	30,4	31,5	32
PiS	29,6	29,1	29,1	29,8	30,4	27,6	26,6
Konfederacja	13,9	15	14	14	13,6	13,5	13,4
Lewica	6,6	6,4	6,3	6,4	6,4	6	6,2
KKP	5,2	3,5	5,4	4,2	5,5	6,7	6,9
Razem	4,4	4,9	4,2	3,8	3,6	3,8	3,4
PL2050		4,3	3	3,1	2,6	2,3	2,2
PSL		3,8	2,6	2,6	2,4	2,9	2,2
unentschiedene Wähler	7,3	3,5	5,2	6,1	4,6	4,7	6,3
TD	6,4	5,3					

KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Konfederacja/Konföderation; Lewica/Die Linke; KKP – Konfederacja Korony Polskiej/Konföderation der Polnischen Krone; PL 2050 – Polska 2050/Polen 2050; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; TD – Trzecia Droga/Dritter Weg (= Polska 2050 + PSL)

Quelle: <https://ewybory.eu/sondaze/> (abgerufen am 28.11.2025).

CHRONIK

25. November – 1. Dezember 2025

25.11.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz empfängt in Warschau seine französische Amtskollegin Catherine Vautrin. Themen des Treffens sind u. a. gemeinsame Militärübungen und die Zusammenarbeit der heimischen Rüstungsindustrien.
26.11.2025	Außenminister Radosław Sikorski und Vizeminister Robert Kupiecki nehmen an einer Videokonferenz des EU-Außenministerrates teil. Besprochen werden Möglichkeiten, wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beendet werden könnte. Polen spricht sich für die Fortsetzung der politischen, militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine aus, wozu auch die in der Europäischen Union eingefrorenen russischen Aktiva eingesetzt werden könnten. Außerdem solle Europa in den Verhandlungsprozess über eine Lösung des Konflikts einbezogen sowie weitere Sanktionen gegen Russland verhängt werden.
27.11.2025	Vize-Verteidigungsminister Stanisław Wziątek empfängt in Warschau seinen ukrainischen Amtskollegen Oleksandr Mischenko. Thematisiert werden die Unterstützung der Ukraine, gegen die Russland einen Angriffskrieg führt, insbesondere vorbereitende Schritte für einen EU-Beitritt der Ukraine.
30.11.2025	Marcin Przydacz, Chef des Büros für Internationale Politik beim Staatspräsidenten, informiert auf der Plattform X, dass Präsident Karol Nawrocki bei einem Aufenthalt in Ungarn in der kommenden Woche doch nicht Ministerpräsident Viktor Orbán treffen wird. Da sich Orbán vor zwei Tagen in Moskau mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin getroffen hat, habe Nawrocki entschieden, nur am Treffen der Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Ungarn teilzunehmen. Der Hintergrund ist, dass Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und Polen zusammen mit westlichen Partnern die Ukraine unterstützt. Der ungarische Ministerpräsident nimmt dagegen eine russlandfreundliche Haltung ein.
01.12.2025	Im Rahmen der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Berlin nimmt Kulturministerin Marta Cienkowska 73 Dokumente aus dem 13. bis 15. Jahrhundert entgegen, die die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkrieges in Polen geraubt hat. Sie überreicht der deutschen Seite neun Anträge auf Rückgabe von weiteren 35 Kulturgütern.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polien

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polien-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polien-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittleraktivität des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Osteuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)

Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
 Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polien



Zentrum für Ost- und Südosteuropaforschung
Centre for East European and International Studies



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenfreien Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polien-institut.de/newsletter/polien-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>